

## **Kleine Anfrage**

**der Fraktion der CDU/CSU**

### **Stärkung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen – Möglicher Ausbau der Maßnahmen zur Prävention und Behandlung von Endometriose**

Endometriose rückt immer mehr in den Fokus der Gesundheitsversorgung von Frauen. Sie ist eine der häufigsten Unterleibserkrankungen und betrifft nach neuesten Schätzungen je nach Lebensalter bis zu 15 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Deutschland (<https://www.frauenaerzte-im-netz.de/erkrankungen/endometriose/#:~:text=Endometriose%20z%C3%A4hlt%20mit%20zu%20den,benachbarten%20Organen%20und%20Gewebe%20w%C3%A4chst.>).

Endometriose ist aufgrund der Entzündungsreaktionen im Körper nicht nur schmerzhaft, sie kann auch zu Fruchtbarkeitsstörungen, Blasenproblemen oder sogar zu Darmverschlüssen führen. Diese Symptome können Frauen ganz erheblich in ihrem Alltag und ihrer Lebensplanung beeinträchtigen. Mit ihrer Vielschichtigkeit und unterschiedlich starken Ausprägung braucht es bis zur Diagnose auch heute häufig noch lange (<https://www.gesundheitsinformation.de/endometriose.html>).

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben sich bereits in der 19. Wahlperiode verstärkt dieser Krankheit angenommen, beispielsweise im Bericht über die gesundheitliche Lage der Frauen in Deutschland oder in den Informationsangeboten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP findet sich zum Thema Frauengesundheit lediglich die Aussage, dass geschlechtsbezogene Unterschiede in Versorgung, Gesundheitsförderung, Prävention und Forschung berücksichtigt und Diskriminierungen abgebaut werden sollen. Zusätzlich soll die Gendermedizin Teil der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung werden.

Konkrete Vorhaben insbesondere in Bezug auf die weitere Erforschung, Prävention und Behandlung von Endometriose sind mit Ausnahme einer Spezialausgabe des Podcasts „Kinderwunschzeit“ für die Fragesteller nicht ersichtlich.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung in Bezug auf die Erforschung, Prävention und Behandlung von Endometriose in ihrer Regierungszeit bislang konkrete Maßnahmen unternommen, und wenn ja, welche?

2. Gegebenenfalls welche der in Frage 1 genannten Maßnahmen gehen auf Initiativen in der 19. Wahlperiode der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD bzw. der vorherigen Bundesregierung zurück, und bei welchen der in Frage 1 genannten Vorhaben handelt es sich um originäre Vorhaben der derzeitigen Bundesregierung?
3. Sind Maßnahmen und Initiativen in Bezug auf Endometriose im kommenden Jahr konkret geplant, und wenn ja, welche (bitte konkret unter Angabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufschlüsseln)?
4. Plant die Bundesregierung, Endometriose als lebensbeschränkende Krankheit anzuerkennen, und wenn nein, warum nicht?
5. Plant die Bundesregierung, neben Änderungen bei der medizinischen Ausbildung auch Frauen selbst über das Krankheitsbild besser aufzuklären und damit zusammenhängende Stigmata abzubauen, und wenn ja, wie?
6. Plant die Bundesregierung eine nationale Strategie für Endometriose, und wenn ja, was wird diese Strategie beinhalten?  
Wenn nein, warum nicht?
7. Plant die Bundesregierung eine frühzeitige Aufklärung in schulischen Einrichtungen, und wenn ja, in welcher Ausgestaltung, und ab wann?  
Wenn nein, warum nicht?
8. Wie viele Haushaltsmittel sind für das Jahr 2023 sowie für die kommenden Jahre 2024 bis 2026 für Forschung, Prävention und Behandlung von Endometriose eingeplant bzw. vorgesehen, und wie sollen diese finanziert bzw. gegenfinanziert werden?

Berlin, den 16. August 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**